

# Buchloer Hofnarr

Fakten, Meinungen und Nachdenkliches mit subjektiver Objektivität



**Ausgabe 48** – Der Buchloer Hofnarr erscheint in unregelmäßigen Abständen als reine Online-Ausgabe. Werden fremde Quellen verwandt, ist dies im jeweiligen Text angegeben. Sollten Sie einen Gastbeitrag oder einen Leserbrief veröffentlichen wollen, erklären sie sich mit der Nennung Ihres Namens und ihres Wohnorts einverstanden. Der Verantwortliche entscheidet über die Veröffentlichung. Verantwortlich: Hubert Zecherle / Buchloe 11.12.2020

## Weihnachtsgeld

benötigen Ehrenämter nicht, wenn sie richtig gefördert werden. Die Förderung des Ehrenamtes ist in Bayern als Staatsziel in der Verfassung verankert. In Art. 121 heißt es dort: "Staat und Gemeinden fördern den ehrenamtlichen Einsatz für das Gemeinwohl." Ziel ist es, eine dauerhafte Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement zu fördern, die Menschen für das Thema zu sensibilisieren und ihren Einsatz angemessen zu würdigen. Dafür wurden bereits Methoden und Instrumente wie die Aufwandsentschädigung, Freistellung, Ehrenamtskarte, Ehrenamtspauschale oder anderen Formen der Anerkennung geschaffen.

In Buchloe hat man sich für die ehrenamtlichen Bürgermeister für eine Aufwandsentschädigung entschieden (Buchloer Zeitung 29. Juni 2020). Aufwendungen, die Ehrenamtliche erbringen - sei es Arbeitszeit, die Nutzung privater PKWs oder Telefone, Porto- oder Reisekosten oder das kostenlose zur Verfügung stellen von Räumen - können zurückerstattet werden, aber auch freie, pauschalierte Vereinbarungen, vor allem was die Vergütung geleisteter Arbeitsstunden anbetrifft. (Textquelle: [www.lbe.bayern.de](http://www.lbe.bayern.de))

Ein Arbeitnehmer erhält in Deutschland durchschnittlich 12 Euro netto pro Stunde. Dafür müsste die dritte Bürgermeisterin 71 Stunden pro Monat in ihrem Ehrenamt arbeiten. Aber diese Rechnung ist unfair, denn auch die Aufwandsentschädigung ist zum Teil steuerpflichtig. Der Durchschnittsbruttostundenlohn beträgt ca. 18 Euro. Bei

einer Aufwandsentschädigung von 852 € (3. Bgm) bzw. 1065 € (2. Bgm) müsste ein Arbeitnehmer ca. 48 bzw. 59 Stunden pro Monat arbeiten. Zwölf bzw. fast 15 Stunden Arbeit pro Woche, täglich ca. zwei Stunden, sieben Tage die Woche, 52 Wochen im Jahr – da wird das Ehrenamt richtig stressig. Realistischer scheinen mir maximal 4 bis 5 Stunden die Woche zu sein. Dann beträgt der Stundenaufwandsentschädigungslohn ungefähr 43 Euro.

In Lockdownzeiten wird zum Ausgleich für den dann geringeren Aufwand der „Stundenlohn“ noch höher.

Würden alle Ehrenämter so gefördert, gäbe es keinen Mangel mehr an ehrenamtlich engagierten Bürgern. Pro Stunde Ehrenamt mehr als das 4-fache des gesetzlichen Mindestlohns (9,35 € pro Stunde) – da würde es sich rechnen, eine schlecht bezahlte Arbeit „unehrenhafte“ gewerbliche Arbeit aufzugeben und nur noch ehrenamtlich zu arbeiten – mehr Geld und gesellschaftlicher Dank! Das Steigen aller Vereinsbeiträge würden die Bürger aber alle gerne in Kauf nehmen – weil das Ehrenamt dem Bürgenden schon etwas wert sein sollte.



Bildquelle: [1.bp.blogspot.com](http://1.bp.blogspot.com)



An diesem Radweg in Buchloe scheinen Kinder die zu Fuß gehenden und Fahrrad fahrenden Passanten zu gefährden. Die Anwohner müssen ihre Zöglinge gut kennen und müssen bereits schlechte Erfahrungen gemacht haben, da sie ihre Mitbürger vor ihnen warnen.

Aber wodurch werden diese Kinder zur Gefahr?

Werfen sie mit Steinen oder Sand vom Spielplatz? Stecken sie Holzstangen in die Speichen der Räder? Beleidigen sie Fußgänger auf unglaublich infame Weise? Werden sie in Gruppen handgreiflich, da ein Kind allein keine Gefahr darstellen kann?

Dies alles gilt es zu klären!

Es kann nicht genügen ein Warnschild aufzustellen und dann die Passanten in ihr Schicksal laufen zu lassen. Die Stadt bzw. die Stadtverwaltung muss hier aktiv werden und einen eventuellen Leinenzwang und bei Bissigkeit sogar einen Maulkorbzwang anordnen. Vielleicht sollte für Kinder auch ein Wesenstest zur Pflicht gemacht werden, bevor die Haltung erlaubt wird.

Nicht immer abwarten, bis etwas passiert – Prävention wäre hier angebracht. Darum sollte sich die UBI kümmern. Nicht Querungshilfen an Straßen ohne Unfälle fordern, sondern konkrete den Anwohnern scheinbar bekannte Gefahren beseitigen.

Auch der Kinderschutzbund muss uns Bürger vor solchen Kindern schützen und seinem Namen alle Ehre machen.

## Wer Dienst?

Die Wiedereinführung des Wehrdienstes wird diskutiert – und das ist gut so. Den nur durch ehrliche Diskussion mit Sachargumenten findet man die besten Lösungen, Vorgehensweisen oder Ziele.

Natürlich macht eine Wiedereinführung des Wehrdienstes keinen Sinn. Es muss zu einer allgemeinen Dienstpflicht für alle jungen Bürger dieses Landes kommen. Nach dem Abitur ist für den Großteil der Abiturienten ein Sabbatical zur Orientierung angesagt. Diese Orientierungsphase kann genauso gut während der Ableistung einer Dienstpflicht durchlebt werden. Für die Nichtabiturienten, falls sich die Politik überhaupt für diese interessiert, ist nach der Ausbildung eine einjährige berufliche Auszeit ebenso zumutbar.

Dienstpflicht – was soll das überhaupt sein?

Dienstpflicht, das soll ein einjähriger Dienst für das demokratische Land sein, welches einem ein Leben in Frieden, Sicherheit, medizinischer Versorgung und relativem Wohlstand ermöglicht. Ein Jahr für die Allgemeinheit zu arbeiten, wird manchen von sich überzeugten jungen Menschen hoffentlich rechtzeitig erden.

Ein Jahr bei der Bundeswehr, im Krankenhaus, im Pflegeheim, im Naturschutz, im Verein, ... irgendeine anerkannte Tätigkeit, welche einen gesellschaftlichen Nutzen hat um ein Bewusstsein dafür zu bekommen, dass Geben und nicht nur Nehmen zum Erfolg einer demokratischen Gesellschaft gehören.

Und natürlich ist diese Dienstpflicht von allen jungen Menschen abzuleisten, denn nicht nur die jungen Männer profitieren von den Leistungen unserer Gesellschaft. Auch alle anderen Geschlechter müssen ihren Dienst an der Gesellschaft, von der sie Gleichberechtigung und Anerkennung fordern, leisten.

## Be Scheuer t

Was für eine Diskussion dieses Jahr – soll man Rasern den Führerschien schneller abnehmen? Ja, sagten alle zuständigen deutschen Minister (Bund + Länder). Dann ruderte der Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer nach entsprechendem Lobby-Druck zurück und erklärte die eigene Verordnung für überzogen und findet in derselben rechtliche Mängel, welche eine Rücknahme rechtfertigen. Ist das der Weg der Zukunft? Schlechte handwerkliche Arbeit um eventuell nicht aus Sachgründen,

sondern aus selbst eingebauten rechtlichen Gründen zurückrudern zu können.

In der Sache hat er natürlich Recht. Man darf jemandem, der in der Tempo-30 Zone 51 km/h fährt, den Führerschein nicht abnehmen. Hierzu muss man mindestens 61 km/h draufhaben. Es geht schließlich um Menschenleben – Autofahrerleben! Auch außerorts sollte man mindestens 41 km/h schneller fahren müssen, bevor der Lappen weg ist. Die in der Novelle vorgesehenen 26 km/h liegen unterhalb der optischen Wahrnehmungsgrenze beim Ableesen des Tachos.

## Vom Glück, sich kein Auto leisten zu müssen

Das Auto, Symbol von Freiheit und unbegrenzter persönlicher Mobilität, ist für viele Menschen immer noch ein Zeichen für die Persönlichkeit. Ein Sportwagen für den sportlichen Menschen auf der Überholspur, ein SUV für die sicherheitsbewusste Hausfrau und ein Kleinbus für die dreiköpfige Großfamilie. Auch als Statussymbol ist das Auto unersetzlich. Ein Stern, eine Niere oder vier Ringe zeigen immer noch, wenn der Preis hoch genug war, das man / fra es beruflich, durch erben oder heiraten geschafft hat. Auch der Dienstwagen, als Bestandteil des Arbeitsverhältnisses, mit Tankkarte, ist als Kompetenzbeweis sehr beliebt.

Das Auto ist aber auch sehr häufig dem Zwang geschuldet, jederzeit beruflich bzw. privat zur Verfügung stehen zu müssen, keine Zeit für entspanntes Reisen mit der Bahn zu haben, einen schlecht erreichbaren Arbeitsplatz zu haben oder zu ungünstigen Zeiten arbeiten zu müssen. Vielleicht ist das Auto auch nötig, weil der Wohnraum in der Nähe des Arbeitsortes zu teuer geworden ist und nur die Flucht aufs Land, ohne ordentlichen öffentlichen Nahverkehr, blieb.

Deswegen ist es ein Luxus, sich kein Auto leisten zu müssen, weil der Wohnraum bezahlbar, die Arbeit in Fahrradnähe und die Lebensumstände genug Zeit lassen, weitere Fahrten mit dem Zug zu erledigen. Man braucht nicht nur kein Auto, man schont die Umwelt, spart viel Geld und man kommt an seinen Zielen entspannter an.



Bildquelle: wikipedia